Inhaltsverzeichnis

Vorwort ..... **VII**
Abkürzungsverzeichnis ..... **XV**
Einführung **1**
A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung 1
B. Gang der Untersuchung 3
1. Teil: Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung **5**
A. Die Ursprünge des Einheitsgedankens 5
I. Die wissenschaftliche Aufarbeitung des Rechts 5
II. Der Kodifikationsstreit zwischen Thibaut und Savigny 6
III. Das Verständnis von Hans Kelsen 8
IV. Das Verständnis von Hermann Heller 11
V. Das Verständnis von Karl Engisch 12
B. Die drei Facetten dieses Gedankens 15
I. Die Einheit als Vermeidung von Widersprüchen 16
1. Die Legitimation durch den Gesetzgeber 16
a) Die Einheit der Rechtsordnung als Kriterium der Auslegung 24
b) Der Bezugspunkt der Einheit 28
c) Die Reichweite des Einheitsgedankens 31
d) Eine kritische Bewertung 35
2. Die praktisch relevanten Fälle 42
a) Einheitliche Begrifflichkeiten in der Gesamtrechtsordnung 42
b) Berücksichtigung der Zielrichtung anderer Normen 45
c) Einheitliches Verständnis der Rechtmäßigkeit 46
3. Zwischenfazit 55
4. Die Anforderungen der Verfassung 56

a) Die Anforderungen des Art. 95 III 1 GG 58
b) Die Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips 60
aa) Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns..... 60
(1) Direkte Widersprüche 65
(2) Indirekte Widersprüche 69
(3) Die Bedeutung dieser Unterscheidung für die einschlägigen Fallgruppen 71
(a) Einheitliche Begrifflichkeiten in der Gesamtrechtsordnung / Berücksichtigung der Zielrichtung anderer Normen 72
(b) Einheitliches Verständnis der Rechtmäßigkeit..... 72
bb) Die Einordnung von Norm- und Wertungswidersprüchen 75
cc) Die Unterscheidung nach der Intensität der Norm 77
dd) Die Reichweite des Rechtsstaatsprinzips .. 79
ee) Fazit 84
c) Die Anforderungen des Gebots zu bundesfreundlichem Verhalten 86
d) Die Anforderungen des Art. 31 GG 90
e) Die Anforderungen des Art. 3 I GG 92
aa) Der Bezugspunkt der Ungleichbehandlung . 93
bb) Die Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte 96
(1) Indirekte Widersprüche 96
(a) Einheitliche Begrifflichkeiten in der Gesamtrechtsordnung / Berücksichtigung der Zielrichtung anderer Normen 96

(b) Einheitliches Verständnis der Rechtmäßigkeit 102
(2) Direkte Widersprüche 105
f) Die Postulate der Systemgerechtigkeit und Folgerichtigkeit 108
g) Fazit 115
5. Die Folgen eines Verstoßes gegen den Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung 115
a) Indirekte Widersprüche 116
b) Direkte Widersprüche 116
II. Die Schaffung einer Einheit durch die Schließung von Lücken innerhalb der Rechtsordnung 120
1. Die Voraussetzungen und Folgen einer Rechtsfortbildung 120
2. Die Rechtsfortbildung als Ausdruck des Gedankens der Einheit der Rechtsordnung 122
III. Die Unitarisierung des Rechts als Einheit der Rechtsordnung im weiteren Sinne 126
1. Die systembildende Rechtswissenschaft 126
2. Die Konstitutionalisierung der Rechtsordnung 128
a) Der Vorrang der Verfassung 129
b) Die verfassungskonforme Auslegung und Rechtsfortbildung 130
c) Die Vereinheitlichung durch die Verfassung 134
d) Die Einheit der Verfassung 136
3. Der Bundesstaat 137
a) Die Förderung von Rechtsvielfalt 137
b) Die Verbindung von Bundesstaat und Rechtseinheit 138
4. Die Europäisierung 145

a) Das europäische und nationale Recht als eigenständige Rechtsordnungen 148
b) Die Bedeutung der Europäisierung für die Einheit der Rechtsordnung 150
5. Die Vereinheitlichung der Rechtsprechung..... 157
IV. Fazit 160
2. Teil: Die Compliance in Versicherungsunternehmen 161
A. Die Compliance..... 161
B. Die versicherungsspezifischen Anforderungen 164
I. Die Sicherstellung der Rechtskonformität im Unternehmen..... 166
1. Der Bezugspunkt der Überwachung..... 166
2. Der Begriff der aufsichtsbehördlichen Anforderungen..... 170
3. Die europarechtlichen Anforderungen 174
4. Die Einbeziehung interner Vorgaben 175
5. Ergebnis 177
II. Die Ausgestaltung der Compliance-Organisation 178
3. Teil: Die Bedeutung der Einheit der Rechtsordnung für die Compliance 185
A. Die Bedeutung im VAG 185
I. Die Einordnung der Compliance in das aufsichtsrechtliche System 185
II. Die Bedeutung der Compliance für die systematische Auslegung im VAG 191
1. Die Beeinflussung der Eingriffsschwelle aufsichtsrechtlichen Handelns 191
2. Die Wahrung des Entscheidungsspielraumes der Compliance..... 196
3. Das restriktive Verständnis der Missstandsaufsicht. 198
III. Fazit 200

B. Die Bedeutung im Zivilrecht 201
I. Die Business Judgement Rule 202
1. Die Bedeutung im Gesellschaftsrecht..... 202
2. Die Anwendung im Aufsichtsrecht 204
3. Das Argument der Einheit der Rechtsordnung 205
a) Die mögliche Vereinheitlichung der zivilrechtlichen Haftung über die Business Judgement Rule..... 206
b) Die mögliche Vereinheitlichung der aufsichtsrechtlichen Compliance über den öffentlich-rechtlichen Beurteilungsspielraum..... 207
II. Die Konkretisierung des Entscheidungsspielraumes der Compliance 211
1. Die Gründe für die Heranziehung des öffentlich-rechtlichen Beurteilungsspielraumes 211
2. Eine Würdigung möglicher Einwände 219
3. Die Maßstäbe des Beurteilungsspielraumes 223
III. Die Folgen für die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Compliance im Gesellschaftsrecht... 228
1. Keine verfassungsrechtliche Pflicht zur Wahrung einer Einheit..... 230
2. Grundsätzliche Erwägungen für eine einheitliche Betrachtung 230
3. Die Bedeutung der unterschiedlichen Zielsetzungen des Aufsichts- und Gesellschaftsrechts für die Einheit der Rechtsordnung 232
IV. Fazit 237
V. Exkurs: Das Verhältnis von Versicherungsaufsichts- und Kapitalmarktrecht 238
C. Die Bedeutung im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht 240

I. Der Tatbestand der Untreue 240
1. Die Compliance-Pflicht als Vermögensbetreuungspflicht 242
a) Der heranzuziehende Beurteilungsspielraum ... 248
b) Die Anforderungen an einen Verstoß gegen die Compliance-Vorschriften 250
aa) Die Voraussetzung einer gravierenden Pflichtverletzung 250
bb) Das Vorliegen einer gravierenden Pflichtverletzung bei einem Überschreiten des unternehmerischen Entscheidungsspielraums 251
cc) Das Übertragen dieses Gedankens auf den öffentlich-rechtlichen Beurteilungsspielraum im Aufsichtsrecht 252
dd) Die Bedeutung für den Gedanken der Einheit der Rechtsordnung..... 254
c) Die Vereinbarkeit mit Art. 103 II GG 256
2. Die weiteren Voraussetzungen für eine Strafbarkeit wegen Untreue 258
II. Der Verstoß gegen § 130 I OWiG..... 261
III. Fazit 264
D. Zusammenfassung und abschließende Würdigung 266
Ergebnisse der Untersuchung 269
A. Zusammenfassung..... 269
B. Ausblick..... 273
C. Schlussbetrachtung..... 274
Literaturverzeichnis 277